

Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Einzelne Nummer
30 Pfennig

Kleine und Große Entente.

Von
Richard Ras,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Prag, 31. Oktober.

Bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen der Großen und Kleinen Entente muß man davon ausgehen, daß die Kleine Entente nicht glaubt, daß die Regierung irgendeiner Großmacht den Karl-Bußch durch Versprechungen gestiftet oder gar praktisch gefördert habe. Man nimmt vielmehr hier an, Karl sei, wie schon einmal, durch seine Schwager Sixtus und Kover von Parma nur mit jenen Ententekreisen in Verbindung gewesen, denen er stets sympathisch gewesen ist, die aber keinen direkten Einfluß auf die Außenpolitik der Entente haben. Es sind dies die monarchistisch-merikanischen Kreise in Frankreich, deren Politik sich in der „Action Française“ und im „Gaulois“ ausdrückt, und denen vielleicht manche französische Generale kraft ihrer Erziehung und Ueberzeugung nicht fernstehen. Es sind dies ferner jene altadligen Familien Roms, aus denen sich die päpstliche Nobelpolizei rekrutiert, und schließlich wird auch ein Teil des englischen Hofadels zu den Gönnern Karls gezählt. Der Einfluß aller dieser Kreise ist gewiß nicht zu unterschätzen, doch hat man hier die feste Ueberzeugung, daß er nicht so weit geht, um die Regierungspolitik der Großmächte im karlistischen Sinne zu entscheiden.

Auch Italien, das einer Wiederaufrichtung der Monarchie in Ungarn prinzipiell wohlwollend gegenübersteht, würde die egoistischen und keineswegs von Rücksicht auf die Nachfolgestaaten diktierten Bedenken gegen eine Wiedereinführung der Dynastie Habsburg fallen lassen. So ungenügend Italien eine Schwächung Ungarns dulden würde, mit dessen gegenwärtigem Staatsverfall es allem Anschein nach durch ein ausgeprochenes Vertrauensverhältnis verbunden ist, so energisch hat sich Rom schon zweimal gegen Karl gestellt, und so energisch wird es sich aller Wahrscheinlichkeit nach gegen einen anderen Habsburger Thronpräsidenten zur Wehr setzen. Wieweit dabei eine Randitur des Herzogs von Austria ins Gewicht fällt, läßt sich vorläufig noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Die Stellung der englischen Regierung zum ungarischen Problem geht für die Kleine Entente aus dem raschen und unzweideutigen für Ungarn vermittelnden Schritt der Botschafterkonferenz hervor. Man sagt sich hier, daß Italien unmöglich ohne Bewilligung der anderen Großmächte, vornehmlich Englands, die Schritte der Kleinen Entente hätte aufhalten können.

Wenngleich nach außen hin zunächst Italien das Ultimatum der Kleinen Entente verhindert und damit die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten und Prag hergestellt hat, so weiß man hier doch genau, daß nicht allein der Einfluß Italiens den Beschluß der Botschafterkonferenz zustande gebracht hat. Man erinnert sich sehr gut daran, daß Léon Daudet kürzlich in Budapest war und der ungarischen Regierung versprochen hat, Budapest werde mit Hilfe Frankreichs die Vormachtstellung in Mitteleuropa erhalten, und zwar nicht nur über Prag, sondern auch über Wien. Die royalistischen Kreise in Paris haben sicherlich auf die offizielle Politik Frankreichs keinen entscheidenden Einfluß. Aber sie sind doch ein politisch nicht zu unterschätzender Faktor und haben zudem in sehr starken finanzpolitischen Kreisen Frankreichs einen kräftigen Rückhalt. Man muß ihre Begünstigung des jetzigen Regimes in Ungarn immerhin in Rechnung ziehen und sich auch sagen, daß ähnliche und vielleicht noch stärkere Einflüsse auch von gewissen Londoner Kreisen ausgehen.

Die durch solche unterirdische Strömungen hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Großen und Kleinen Entente sind jedoch nie so weit gegangen, daß sich ein bevorstehender Bruch annehmen ließ. Die politischen Bande zwischen Prag, Rom, London und Paris sind viel zu eng, als daß sich ein bewaffnetes Vorgehen der Kleinen Entente gegen den Willen der Großmächte erwarten, als daß sich annehmen ließe, andere Stellen könnten die gegenwärtige Spannung ausnutzen, um eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Mit Beziehung auf Deutschland bestehen keine Differenzen zwischen der Großen und Kleinen Entente. Im Gegenteil, die Kleine Entente wünscht nur, daß die Befolgung der Friedensverträge von Ungarn ebenso energisch erzwingen werde wie von Deutschland. Ein Widerstandsversuch Deutschlands würde ebensowohl die Kleine Entente gegen sich haben wie die Große.

Die jetzt von Prag betriebene Kompromißlösung des ungarischen Konfliktes wird wohl keine dauernde Entfremdung zwischen den Großmächten und der Kleinen Entente hinterlassen. Vielleicht erhöht sie die bereits bestehende Spannung zwischen Italien und Südslawien. Aber darüber läßt sich von Prag aus nicht zuverlässig urteilen. Bisher hatte man den Eindruck, daß Südslawien die von Benesch begonnene Aktion gegen Ungarn mit großer Genugtuung aufgenommen hat, und daß es jetzt temperamentvoller geworden ist, als die Tschechoslowakei. Das

Bündnis Prag-Belgrad wird unter allen Umständen erhalten bleiben. Ueber Rumänien Stellung sind die Nachrichten nicht einheitlich geblieben, so daß sich da für die Zukunft keine sichere Prognose stellen läßt. Die Beziehungen der Tschechoslowakei zu Frankreich sind nach wie vor eng und werden es wohl auch bleiben, während in der Prag-Londoner Freundschaft schon vor dem Karl-Bußch eine gewisse Abkühlung bemerkbar wurde, die möglicherweise Fortschritte machen kann. Italiens Gegensatz zu Südslawien hat begreiflicherweise auch auf die Tschechoslowakei eingewirkt, jedoch nicht so weit, daß sich für die Zukunft ernsthafte Differenzen erwarten lassen. Eine der Regierung nahestehende Seite sagte mir heute: „Italien will jetzt europäische Politik machen und

dazu braucht es irgendeinen Faktor, der das mitteleuropäische Kräfte-Diagramm in der Schwebe hält, so daß kein Teil das Uebergewicht behält. Italien wird niemals offen gegen die Tschechen auftreten, weil es auch dadurch die mitteleuropäische Balance verrücken würde. Aber es will aus demselben Grunde auch keine zu weit gehende Schwächung Ungarns dulden.“

Gut unterrichtete Kreise nehmen an, daß im Falle der erhofften Einigung der Großen mit der Kleinen Entente die Mobilmachung in der Tschechoslowakei und Südslawien sobald wie möglich abgebaut werde, weil ihre Kosten, die in der Tschechoslowakei gegenwärtig noch immer täglich 100 Millionen Kronen betragen, das Budget allaufsehr belasten.

Das Dilemma der ungarischen Regierung.

„Die Heiligkeit der Stefanstrone.“

Wie wir bereits im größten Teil der heutigen Morgenausgabe mitteilen konnten, ist außer dem Schritt der Kleinen Entente in Budapest eine Demarche der Großmächte in Form einer Note erfolgt, in der nicht nur die Absetzung Karls, sondern auch die Ausschließung der gesamten Habsburger Dynastie vom Thron gefordert wird. Ein sogleich einberufener Ministerrat in Budapest hat beschlossen, vorbehaltlich der Annahme durch die Nationalversammlung, die Forderung zu erfüllen. — Weiter, wird uns gemeldet:

* Budapest, 1. November.

Die hiesigen Vertreter der Großen und der Kleinen Entente sind von den Beschlüssen des Ministerrats alsbald in Kenntnis gesetzt worden. Die Nationalversammlung soll am Donnerstag zusammentreten. Da die Annahme der geforderten Verfassungsänderung durch das Parlament nicht weniger als gewiß ist, kann der Konflikt mit der Annahme der Ententesforderungen durch den Ministerrat keineswegs als erledigt angesehen werden. Die Fraktion des Bauernführers Szabo, die allein die Absetzung des ganzen Hauses Habsburg propagiert, ist nur etwa 60 Mann stark.

Bethlen hat sofort nach dem Empfang der Vertreter der Großmächte noch vor Beginn des Ministerrats mit den Führern der parlamentarischen Parteien Fühlung genommen und ist sodann beim Reichsverweser Horthy erschienen, der nach dem Grafen Bethlen auch den Abg. Stefan Haller, der seit der Verhaftung des Grafen Andrássy den Vorsitz der Christlichnationalen Partei führt, sowie einige andere gemäßigtere Legitimisten empfing.

Mittwoch abend wird der Ministerpräsident in den Klubs der Regierungsparteien erscheinen und den Standpunkt der Regierung in der Frage der Thronsetzung des Hauses Habsburg darzulegen. Beim Präsidenten der christlichnationalen Partei, Stefan Haller, erschien heute eine Deputation des Karlistenvereins der katholischen Hochschüler und protestierte gegen den

„Unfug, der mit der Würde und der Heiligkeit der Stefanstrone getrieben werde“. Haller machte sich in seiner Antwort diese Auffassung zu eigen und erklärte, man müsse die Würde der Heiligen Stefanstrone wahren, denn an sie knüpfe sich jede Hoffnung der ungarischen Nation an ihre Wiederauferstehung. Diese Rede wird mit Rücksicht darauf, daß Haller heute beim Gouverneur Horthy in Audienz war, viel beachtet. Man glaubt, daß Haller mit seiner Rede auf eine zwischen ihm und dem Gouverneur zustande gekommene Vereinbarung anspielen wollte.

Budapest, 1. November. (E. C.)

Die Vertreter der Kleinen Entente haben um Aufklärung über die Verzögerung der Reise Karls ersucht. Der Ministerpräsident informierte sie über die technischen Einzelheiten der nunmehr für morgen, Dienstag, angelegten Abreise des Königs. Der König weilt gegenwärtig noch in Eihany, befindet sich aber bereits unter dem Schutze der Ententeoffiziere, die in seiner Umgebung bleiben. Er wird sich morgen nach Dunaszerdahely begeben, wo sich die englische Donauflottille befindet, und wird sich auf dem englischen Kanonenboot „Gloworm“ einschiffen, das sofort die Reise nach der unteren Donaumündung antreten wird. Die Regierung hat auf das entschiedenste gefordert, daß die königliche Würde bei der Abreise des Königs in keiner Weise verletzt würde.

Neue Mobilmachungstrawalle in Böhmen.

Wien, 1. November. (W. T. B.)

Wie „Die deutschen Nachrichten“ melden, wurde über den tschechischen Bezirk Roklan der Belagerungszustand verhängt, weil die einberufenen Tschechen sich weigern, dem Mobilisierungsbefehl nachzukommen.

Nach der „Reichspost“ soll es zu neuen Zusammenstößen bei der Durchführung der Mobilisierung gekommen sein. So hätten, ähnlich wie in Graslitz, die tschechischen Behörden in Böhmisch-Leipa eine Versammlung mit Waffengewalt zu sprengen versucht, schließlich habe das tschechische Militär in die unbewaffnete Menge geschossen; 3 Tote und 21 Verwundete seien am Platze geblieben.

Entente-Note über Oberschlesien.

Gegen „ruhestörende deutsche Elemente“.

Dem deutschen Botschafter in Paris wurde gestern folgende Note der Botschafterkonferenz übermittelt:

Die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz ist auf die Gefahren hingelenkt worden, die der Eintritt landesfremder Personen nach Oberschlesien für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Lande haben könnte. Die Konferenz ist überzeugt, daß die Ruhe, die augenblicklich im Abstimmungsgebiet herrscht und deren Fortdauer von so großem Wert ist, nicht gestört werden wird, wenn keine von außen hereingetragene Aufregung die Bevölkerung dazu treibt, von ihrer Haltung abzugehen. Die Botschafterkonferenz glaubt, daß es die Pflicht Ihrer Regierung ist, auf ihrem Gebiete und ganz besonders in den Teilen, die an das Abstimmungsgebiet angrenzen, für eine tätige Ueberwachung zu sorgen, um das Eindringen von Elementen nach Oberschlesien zu verhindern, die die Ruhe stören könnten.

Unter diesen Umständen würde die Konferenz Ihre Regierung als in hohem Maße verantwortlich betrachten, wenn Anruhen in Oberschlesien von Leuten, die aus dem deutschen Gebiete kommen, gefördert würden. Im Namen der Botschafterkonferenz habe ich die Ehre, Sie zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen. Genehmigen Sie usw.

Ob eine Note gleichlautenden Inhalts auch der Warschauer Regierung übermittelt worden ist, ist hier nicht bekannt.

Lloyd George über Irland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in London, 1. November.

In seiner Rede über die irische Frage sagte Lloyd George, daß die Regierung nicht etwa Frieden mit Irland schließe, weil sie sich schuldig an dem bisherigen Blutvergießen fühle. Er wies darauf hin, daß der Waffenstillstand mehrfach gebrochen worden sei. Bekanntlich seien entgegen dem Abkommen Waffen eingeführt worden. Teilweise sei es der deutschen Regierung zu danken gewesen, daß dies entdeckt wurde, die darauf aufmerksam gemacht habe, daß Vorbereitungen zu einer solchen Waffenlandung getroffen wurden.

Die Regierung sehe es als nicht ratsam an, eine Kolonialregierung einzusetzen, bevor sie nicht wisse, wie die Verhandlungen ausgehen werden. Aber wenn die nächsten Tage einen solchen Schritt notwendig machen sollten, dann werde dem Parlament ein kurzes Gesetz vorgelegt werden, durch das die Lage auch bezüglich Ulsters geklärt werde. Innerhalb der jetzigen Verhandlungen könne kein Abkommen getroffen werden, ohne daß das Parlament seine Zustimmung gebe. Ebenso werde auch das Oberhaus verfassungsgemäß befragt werden.

Zwei Arten einer Konferenz seien möglich gewesen. Man hätte öffentlich verhandeln können und jeden Tag ein Communiqué ausgeben, aber eine öffentliche Konferenz hätte kein Resultat ergeben, das sei nur möglich in einer Konferenz hinter geschlossenen Türen. Das Parlament müsse entweder seiner Regierung vertrauen oder sie durch andere Männer ersetzen. „Ich und meine Kollegen wünschen zu wissen, ob das Unterhaus wünscht, daß wir versuchen, Frieden zu schließen. Wenn nicht, dann wird jedenfalls ein Mann mit frohem Herzen seinem König kein Rücktrittsgesuch überreichen.“